Journal *von* Behinderten *für* Behinderte und ihre Freunde

DIE STÜTZE

Liebe Leserinnen und Leser!

Vom 8. bis 12. Mai fand im ICC Berlin die internationale Fachmesse für Orthopädie und Rehatechnik statt – eröffnet mit den Grußworten des Geschäftsführers des Bundesinnungsverbandes, Herrn Schütte: „Man kann nur hoffen, daß manch Verantwortlichem hier die Augen für die Probleme der Behindertenversorgung geöffnet werden." Aber leider wollte der Veranstalter unter seinesgleichen bleiben! Es ist diskriminierend, daß diese Fachmesse dem breiten Publikum, dem behinderten Endverbraucher, den betroffenen Verbänden und interessierten Verwaltungen absichtlich nicht zugänglich gemacht wurde, da es sich um keine Verkaufsmesse handelte!

Jeder weiß, daß gerade behinderte Menschen aus den östlichen Bundesländern noch nie die Möglichkeit hatten, eine derartige Messe mit technischen Hilfsmitteln zu besuchen! Nun sollte auch diese Messe an den Experten in eigener Sache vorbeigehen.

Im Vorfeld hatten einige Behinderte aus West-Berlin versucht, diese mißliche Situation der Ausgrenzung der Endverbraucher publik zu machen und protestierten bei den Senatsverwaltungen für Soziales sowie für Wirtschaft. Aber weder die westlichen etablierten Sanitätshäuser noch die östlichen Jungunternehmer in dieser Branche haben im Interesse ihrer Kunden Stärke bewiesen. Ausschließlich mit Unterstützung des SFB ist uns eine objektive Berichterstattung gelungen.

Ursula Lehmann

IN DIESEM HEFT:

- **Position zur Pflegeversicherung** *Seiten 3-9*
- **Verbandstag '91** *Seiten 10-18*
- **Integrationsdorf Mark Zwuschen** *Seiten 21/22*
- **POST** *Seiten 24-26*
- **INFO** *Seiten 27-31*

2. Jhg., Nr. 13/91
1. Juli 1991
Preis 1 DM
(Österreich 7 ÖS, Schweiz 0,9 sfr, Italien 700 Lire) plus Portokosten

LIEBE LESERINNEN UND LESER

Wir vier RollstuhlfahrerInnen mußten uns anläßlich der Eröffnungsveranstaltung in Gegenwart der Polit-Prominenz (Bundestagspräsidentin Dr. Süssmuth und Senator Lutter) 90 Minuten die wichtige Bedeutung der Verbindung von Patient (gemeint ist der behinderte Mensch) zum Orthopädietechniker anhören.

Lediglich Frau Dr. Süssmuth erinnerte an „Integration" oder daran, daß „ein behinderter Mensch ein Recht hat, ein eigenständiges Leben zu führen". Hatte wirklich nur diese Frau im Saal begriffen, um welchen Personenkreis es hier ging?

Dem offiziellen Eröffnungsrundgang durch die Ausstellung mit den Prominenten schlossen wir uns an. Die Aussteller standen stramm, keiner wagte laut für uns Sympathie zu ergreifen. Jetzt endlich gelang es uns, Frau Süssmuth auf den willkürlichen Ausschluß von Messebesuchern aufmerksam zu machen. In Unkenntnis, daß dies keine Verkaufsmesse war, reagierte Frau Süssmuth vermittelnd auf unser Anliegen. Stehenden Fußes wurde die Vereinbarung getroffen, mit sofortiger Wirkung Menschen mit Behinderungen kostenlosen Eintritt zu gewähren – ein Versprechen, das nicht eingehalten wurde!

Einen Tag später reagierte der Veranstalter bereits, „daß dem besonderen Kreis interessierter Personen für einen auf Antrag gesetzten Sonderpreis von 30 DM der Zutritt der Messe möglich ist".

Ein System der Rehabilitation, „so schnell wie möglich in den neuen Bundesländern aufzubauen" (Dr. Norbert Blüm) geht aber nur, wenn die tatsächlichen Experten – wir kompetenten Nutzer dieser Hilfsmittel – Erfahrungen an geeigneter Stelle zur Verfügung stellen können, ohne dafür auch noch viel Geld mitbringen zu müssen. Funktionelle Hilfsmittel können nur betroffene Endverbraucher vor Ort ausprobieren. In Berlin z. B. leben etwa 20 000 Menschen im Rollstuhl, rund 100 000 Menschen sind gehbehindert, 8 000 bis 10 000 sind blind oder hochgradig sehbehindert. Scheute der Veranstalter den Ansturm dieser Menschen?! Es wird Zeit, uns nicht länger als dumme, uninformierte „Patienten" zu behandeln, für die andere entscheiden, was angeblich nützlich und praktikabel ist.

Ihre

U. Schumann

ABiD

Impressum:

Verlag: KOLOG-VERLAG, Stargarder Straße 19, O-1058 Berlin
Geschäftsführer: D. Knoblauch
Herausgeber: ABiD (Allgemeiner Behindertenverband in Deutschland e. V. „Für Selbstbestimmung und Würde")
Verantwortlicher Redakteur: Andrea Schatz
Redaktionsbeirat: Daniela Reinhold; Waltraud Jähnichen, Dörthe Kränke, Elvira Seifert, Dr. Rudolf Turber
Redaktion/Leserpost: Am Köllnischen Park 3, O-1026 Berlin

Bild- und Fotonachweis: K. Düring, J. Fretter, D. Holler, J. Metzner, A. Schatz

Satz und Druck: TRIBÜNE DRUCK-GmbH, Am Treptower Park 28-30, O-1193 Berlin

Vertrieb: KOLOG-VERLAG UND VERTRIEB, Stargarder Straße 19, O-1058 Berlin, Konto-Nr. 39 140 157, Bankleitzahl 120 566 82/Zahlungsgrund: »Kundennummer«

ISSN: 0863-4157

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 18. Juni1991

Die **nächste Ausgabe** erscheint am 15. Juli 1991

Positionen zur Pflegeversicherung

Die Bundesregierung wird bis zum Sommer 1992 dem Deutschen Bundestag einen Gesetzentwurf zur Sicherung bei Pflegebedürftigkeit vorlegen. In der STÜTZE 6/91 stellten wir bereits die Konzepte führender Parteien und einiger Verbände dazu vor. Im Folgenden weitere Stellungnahmen:

Bundesweite, parteioffene Arbeitsgemeinschaft „Selbstbestimmte Behindertenpolitik" beim Vorstand der PDS

Die Aktualität der Sicherung der Pflege ist keinesfalls allein aus der Tatsache abzuleiten, daß sich das Lebensalter erhöht hat und damit die Zahl der Menschen wächst, die im Alter der Pflege bedürfen. Jeder Mensch unterliegt dem Pflegerisiko von der Geburt bis zum Tode.

Die soziale Sicherung im Pflegefall war in den alten Bundesländern weitgehend dem nachrangigen System der Sozialhilfe übertragen. Wenn diese bisherige Regelung zwar zur Kostendeckung gegenüber Einrichtungen (Alten- und Pflegeheime) und sozialen Diensten ausreichte, so ist sie heute unter dem Gesichtspunkt des Rechtes auf Besitz und Eigentum des Bürgers, des Schutzes erworbenen Eigentums, der Pflicht des Staates zur Förderung von Familie, Jugend und Arbeit einfach abzulehnen.

In der DDR war die Sicherung der Pflege weitgehend durch staatliche Subventionen abgedeckt, wenn auch auf einem sehr geringen materiellen und personellen Niveau. In jedem Fall war eine Heimeinweisung nicht identisch mit dem in der BRD üblichen Enteignungsprozeß, der die Masse der Heimbewohner zu bloßen Taschengeldempfängern macht. Die häusliche Pflege wurde durch die geringen Pflegegelder nicht abgedeckt und durch die staatlich finanzierte Volkssolidarität nur unvollkommen bewältigt. Aber diese Regelung entsprach dennoch einer Sozialleistungspflicht des Staates und nahm den Pflegebedürftigen nicht Ersparnisse, Vermögen und Einkommen.

Nach dem 2. Bericht der Bundesregierung über die Lage der Behinderten müssen von Familien, in denen Pflegebedürftige leben, 95 Prozent der Kosten von den Angehörigen getragen werden, und nur 5 Prozent sind durch professionelle Dienste abgedeckt.

1. Grundsatz: Die realen, durch die Pflege entstehenden Kosten müssen abgedeckt werden.

Die pflegenden Personen sind zumeist Angehörige, die wegen der Pflege keiner Erwerbstätigkeit nachgehen können und damit über kein eigenes Einkommen und keine Altersversicherung verfügen.

2. Grundsatz: Sowohl der Einkommensverlust als auch die fehlende Altersversicherung der PflegerInnen muß abgesichert werden.

Wird die Pflege durch Wohlfahrtsorganisationen oder professionelle Einrichtungen abgedeckt, so übernimmt die Sozialhilfe die gesamten Kosten. Bei Familienpflege werden die Kosten entweder gar nicht (Bezahlung einer Pflegekraft) oder nur partiell (Zahlung eines unzureichenden Pflegegeldes) getragen.

3. Grundsatz: Die Kosten der häuslichen Pflege müssen nach den gleichen

Prinzipien abgedeckt werden wie bei der von Wohlfahrtsorganisationen. Der Pflegebedürftige wird heute wie ein Objekt behandelt, denn nicht er, sondern das Heim bekommt die anfallenden Kosten erstattet. Als Heimbewohner muß er nach seiner Kalkulation finanzielle Mittel beim Sozialleistungsträger beantragen, der wiederum dessen ganzes Einkommen und Vermögen dafür einfordert.

4. Grundsatz: Das reale, kostendeckende Pflegegeld ist an den Pflegebedürftigen auszuzahlen, der dann darüber bestimmt, wie er das Geld zur bestmöglichen Pflege anwendet.

Weil die pflegenden Familienmitglieder kein Entgelt für die Pflege erhalten, gibt es einen unlauteren Wettbewerb zwischen Heim- und Familienpflege. Dieser Widerspruch kann nur durch volle Abdeckung der Kosten und Einkommensverluste bei Familienpflege gelöst werden.

5. Grundsatz: Die Schlechterstellung der Familien gegenüber der Heimpflege ist, weil im Widerspruch zu den Verfassungsprinzipien stehend, sofort zu beseitigen.

Nach der Definition der WHO besteht ein prinzipieller Unterschied zwischen Krankheit und Behinderung. Eine Gleichsetzung muß zwangsläufig zu einer Benachteiligung von Behinderten führen, weil es bei ihnen um eine Abgeltung notwendiger Kompensationen der aus der Schädigung folgenden Behinderung geht. Die Sicherung der Pflege, bei Ausscheiden aus dem Beruf unter klinischen Gesichtspunkten ist etwas anders als die Sicherung der Pflege von Schwerbehinderten bei Berufstätigkeit.

6. Grundsatz: Die Lösung der Pflegeproblematik muß den grundlegenden Unterschied zwischen Krankheit und Behinderung beachten und unterschiedliche Leistungsfelder anbieten, die den Menschen mit Behinderungen auch bei Pflegebedürftigkeit alle sozialen Aktivitäten ermöglichen.

Die Belastungen, die aus Pflegebedürftigkeit entstehen, sind für die Betroffenen und ihre Angehörigen in den verschiedenen Altersstufen sehr unterschiedlich. Eine Familie mit einem schwerstbehinderten Kind erleidet z. B. durch die aus dem Berufsleben ausscheidende Mutter einen sehr hohen Einkommensverlust. Eine pflegende Person jenseits des Rentenalters hat bis auf die pflegebedingten Mehraufwendungen nur geringe Verluste.

7. Grundsatz: Die Kosten bei Pflegebedürftigkeit müssen entsprechend der verschiedenen Altersstufen geregelt werden. Für pflegende Familienangehörige muß es eine Ausgleichszahlung, ähnlich der Ausgleichsrente nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) geben.

Die einzige erfolgreiche, bewährte Lösung der Abgeltung bei Pflegebedürftigkeit bietet gegenwärtig das BVG, das Grundrente, Schwerstbeschädigtenzulage, Ausgleichsrente (durch Ausfälle im Berufsleben im Arbeitsalter durch Behinderung), Ehegattenzuschlag und Pflegezulage vorsieht.

8. Grundsatz: Eine Lösung der Pflegeproblematik, die hinter die Leistungen des BVG zurückgeht, ist unakzeptabel, weil sie einen Rückschritt hinter bereits Erreichtes wäre.

Der Staat ist heute durch die Leistungen nach dem BVG in hohem Maße an den Kosten zur Abdeckung der Pflegebedürftigkeit beteiligt. Die Leistungen der Sozialhilfe belasten bis in die Kommunen die öffentlichen Haushalte. Die von den Unternehmen finanzierte Unfallversicherung zwingt die Wirtschaft

zu nicht geringen Ausgaben. Die Übertragung aller, von diesen Bereichen bisher erbrachten Leistungen auf eine Pflegeversicherung wäre der größte Sozialabbau durch das Einsparen staatlicher Leistungen zuungunsten der Arbeitnehmer, den es bisher gegeben hat.

9. Grundsatz: Der Staat und die Wirtschaft dürfen an keinem Punkt aus ihrer bisherigen Verantwortung zur Pflege entlassen werden. Alle Gelder, die auf verschiedenen Ebenen gezahlt wurden, müssen in jedem Fall als Grundwert in einen staatlichen Zuschuß bei einer Versicherungslösung eingehen.

Die Arbeitsbedingungen, die Zerstörung der natürlichen Umwelt sind ein ganz entscheidender Faktor für Krankheit, frühzeitige Invalidität und daraus resultierende Pflegebedürftigkeit. Seit Jahren sind über 50 Prozent der Rentenzugänge pro Jahr Frührentner, d. h. im Arbeitsprozeß verschlissene Arbeitnehmer.

10. Grundsatz: Die Gesamtheit aller Unternehmen und Arbeitgeber muß zur Hälfte an den Kosten der Pflegeversicherung beteiligt werden, weil nur so die erstrebte Humanisierung und Ökologisierung der Gesamtheit der Arbeits- und Lebensbedingungen verwirklicht werden kann.

Die Bereiche, in denen eine wenigstens annähernde befriedigende Lösung der Pflegeproblematik in der Vergangenheit erreicht wurde, gründen sich auf eigenständige Bundes- oder Landesleistungsgesetze. Der Übergang zu einer Pflegeversicherung unter dem Dach der Krankenversicherung ist die Aufhebung des Sozialstaatsgebotes. Sie ist ein Akt des Sozialabbaus, der Einschränkung bisher gesetzlich fixierter Leistungen und eine erneute Belastung vor allem der Arbeitnehmer, denn der zu zahlende Beitrag zur Pflegeversicherung ist der Prozentsatz der Einkommenskürzung. **Darum ist die PDS gegen eine Pflegeversicherung. Sie erstrebt die dringend notwendige Reform durch ein eigenständiges Bundesleistungsgesetz, wobei der BVG den juristischen Ersatz bieten könnte.**

VDK

Dieser Verband tritt für eine Pflegeversicherung für alle, ohne Beteiligung der Arbeitgeber ein. Er ist von seiner sehr harten Position, daß jeder ein Prozent der Bemessungsgrenze, etwa 48 DM monatlich, zahlen muß, zurückgewichen: „Nach meinem Modell sollen Rentner ein Prozent ihrer Rente als monatlichen Beitrag zahlen. Bei einer Rente von 1 100 Mark wären das 11 Mark – ein, wie ich finde, durchaus zumutbarer Betrag, wenn man bedenkt, wieviel zusätzliche soziale Sicherheit das für den Fall der Pflegebedürftigkeit bringt. Erwerbstätige zahlen ein Prozent, nichterwerbstätige Ehegatten ein halbes Prozent der Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Krankenversicherung. Das wären derzeit 47,50 DM bzw. 23,75 DM.“ *(Präsident Walter Hirlinger, in: DIE FACKEL, Mai 1991)*

Arbeiter-Samariter-Bund (ASB)

Den Vorschlag einer freiweilligen und privaten Pflegeversicherung weist der ASB-Vorsitzende Martin Ehmer als nicht diskussionswürdig zurück, weil dann Nichtversicherte im Bedarfsfall zu Lasten der Solidargemeinschaft versorgt werden müssen. Er fordert statt dessen eine allgemeine gesetzliche Pflichtversicherung, denn: „Die alten Familienstrukturen verschwinden immer

mehr. Die ehedem geringe Zahl der Haushalte mit drei und mehr Generationen hat sich von 1972 bis 1989 nahezu halbiert. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich die Zahl der Einpersonenhaushalte von etwa 6 Millionen auf fast 10 Millionen. Es gibt immer mehr ältere Menschen, die allein leben und bei Pflegebedürftigkeit nicht auf familiäre Hilfe hoffen können. Beginn, Art, Dauer und Umfang einer Pflegebedürftigkeit sind nicht vorhersehbar und in ihren Auswirkungen vom einzelnen kaum abzusehen. Die Kosten notwendiger Betreuung in Heimen übersteigen die zur Verfügung stehenden Renten. Was bleibt, ist der Gang zum Sozialamt. Die Betreuungs-Pflegekosten, ob ambulant oder stationär, werden weiterhin stark steigen, weil entsprechendes und notwendiges Fachpersonal leistungsgerecht bezahlt und verstärkt werden muß, wie auch die äußeren Lebensbedingungen den Bedürfnissen und Notwendigkeiten der älteren und pflegebedürftigen Menschen angepaßt werden müssen. *(Martin Ehmer, in: humanitas, April 1991)*

Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte (BAGH)

Sie tritt für ein Bundespflegegesetz und eine allgemeine Pflegeversicherung für alle BürgerInnen ein, um sie bei evtl. Pflegebedürftigkeit unabhängig von der Ursache ihrer Behinderung und ihres Einkommens abzusichern. „Die Pflege muß Grund- und Behandlungspflege, hauswirtschaftliche Versorgung, Kommunikations- und Mobilitätshilfen einschließen. Sie ist als rehabilitative, aktivierende und nicht lediglich bewahrende Pflege auszugestalten. Vorrangig sind ambulante Hilfen für häusliche Pflege anzubieten. Die gesetzliche Neuregelung sollte auch bedarfs- und kostengerechte Geldleistungen für Pflegebedürftige vorsehen und eine eigenständige Altersversorgung der Pflegepersonen umfassen. Die Eingliederungshilfe für Behinderte nach BSHG darf durch die neuen Leistungen nicht geschmälert werden." *(aus: „Leben und Weg", 1/91)*

Bundesminister Norbert Blüm

Er betrachtet das Thema Pflege als „die große sozialpolitische Herausforderung der 90er Jahre". Sein Konzept zur Absicherung im Pflegefall umfaßt sechs Punkte:

1. Die Hilfen müssen für alle Pflegebedürftigen zur Verfügung stehen, ohne Rücksicht auf die Ursache und das Alter und abgestuft nach Schwere und Bedarf der Hilfe.

2. Häusliche Pflege muß Vorrang haben vor stationärer.

3. Geld- und Sachleistungen müssen in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen. Der Pflegebedürftige muß in zumutbarem Umfang zu den Kosten beitragen, also eigene Beiträge entrichten.

4. Wir brauchen keine neue Pflegeverwaltung. Die Krankenkassen verfügen über eine kompetente und ortsnahe Organisation. So lassen sich auch juristische Auseinandersetzungen zu Lasten der Betroffenen vermeiden.

5. Zur Finanzierung der Pflegeversicherung müssen alle beitragen: Der Versicherte durch seine Beiträge, der Pflegebedürftige durch einen Eigenanteil, darüber hinaus Bund, Länder und Gemeinden.

6. Wir müssen den Pflegeberuf ideell und materiell aufwerten. *(aus: selbsthilfe, 1/91)*

Martin Marquard

Pflegeversicherung: Blüms Durchmarsch?

Es gibt inzwischen leider eine fast geschlossene Front von Befürwortern einer Pflegeversicherung: angefangen bei den großen Parteien über die Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Krankenkassen bis hin zu manchen Behinderten- und Sozialrentner-Organisationen – die Betroffenen selbst tauchen nicht auf. Die für die Pflegebedürftigen entscheidende Frage: Pflegeversicherung oder Pflegeleistungsgesetz? (vgl. STÜTZE 3/91 und 6/91) wird in der Öffentlichkeit kaum noch diskutiert.

Es geht diesen Organisationen auch gar nicht in erster Linie um die pflegebedürftigen Menschen. Die Motive sind vielmehr: Kostenentlastung der Kommunen (Sozialhilfe), Absicherung der Finanzierung von Einrichtungen (Heime, Sozialstationen), finanzielle Entlastung der Krankenkassen (Abwälzen von Pflegekosten) – und zu diesen Zwecken die Erschließung einer neuen Geldquelle: zusätzliche Beitragszahlungen in eine Pflegeversicherung.

Unverständlich ist, daß sich Organisationen oder auch einzelne Politiker und Politikerinnen wider besseren Wissens in diese unheilige Allianz begeben haben. Führende SPD-Sozial-Politikerinnen und Politiker wie die Berliner Sanatorin für Soziales, Frau Stahmer, der Bundestagsabgeordnete Horst Jaunich oder Jürgen Egert haben wiederholt erklärt, sie hielten ein Leistungsgesetz für den besseren Weg. Dies sei allerdings zur Zeit nicht durchsetzbar. Warum sind sie umgefallen?

Auch vom „Reichsbund" hört man Widersprüchliches: Einerseits hat der Bundesvorstand unter dem Titel : „Vorschläge zur Verbesserung der sozialen Sicherung bei Pflegebedürftigkeit" ein klares, wohlbegründetes Votum für ein steuerfinanziertes Leistungsgesetz abgegeben, andererseits unterstützt er nach Zeitungsmeldungen z.B. die gerade begonnene Kampagne der „Arbeiterwohlfahrt" für eine Pflegeversicherung.

Der ABiD und andere Betroffenen-Organisationen bedauern es sehr, daß eine – prinzipiell mögliche – breite Zusammenarbeit für „die bessere Lösung", das steuerfinanzierte Leistungsgesetz, bisher nicht zustandegekommen ist. Jetzt sieht es so aus, als ob Bundesarbeitsminister Blüm mit Hilfe der SPD ein wie auch immer beschaffenes Pflegeversicherungs-Modell durchsetzen wird. Die verbliebenen Streitpunkte wie Sozialversicherungspflicht für alle oder nur für die Versicherungspflichtigen, mit oder ohne Arbeitgeberanteil oder nur eine private Pflichtversicherung usw. ändern wohl nichts mehr am Grundsätzlichen. Blüm: „Das Ding gewinne ich." (Zit. nach „Spiegel" Nr. 20/91)

Verlierer werden die vielen Betroffenen sein, die Hilfe zur eigenständigen

Lebensführung – Assistenz – brauchen. Denn alle Pflegeversicherungs-Modelle haben denselben Fehler: Sie „deckeln" die Leistung. Für ambulante häusliche Assistenz sieht der SPD-Entwurf z.B. höchstens 1500 DM monatlich vor, wenn private Helferinnen und Helfer engagiert werden. Bei Inanspruchnahme professioneller Hilfe über Sozialstationen soll eine Sachleistung von höchstens 60 Einsatzstunden im Monat gewährt werden – also zwei Stunden am Tag.

Was aber soll mit denen geschehen, die vier, fünf, zehn oder gar zwanzig Stunden am Tag benötigen? Daß auch solche Menschen ein eigenständiges Leben – unabhängig vom Familie und Heim – führen können und wollen, ist für die Befürworter der Pflegeversicherung unvorstellbar. Über die Pflegeversicherung wird sich die leider immer noch vorherrschende Meinung verfestigen: Wer mehr Hilfe braucht, eventuell sogar auch nachts oder am Wochenende, gehört ins Heim.

Die Pflegeversicherung wird unweigerlich zu verstärkter Heimeinweisung führen. Da die Heimpflegekosten voll übernommen werden sollen, wird es ungleich schwerer werden, der Pflegeversicherung und den Behörden klarzumachen, daß jemand mehr Hilfe braucht als nach dem Leistungskatalog der Versicherung für ambulante Pflege vorgesehen ist und nicht ins Heim will.

Wer dann doch ins Heim geht, wird nicht besser dran sein als heute: Die „Hotelkosten" – Wohnen und Verpflegung – müssen selbst getragen werden. Diese sind jedoch oft allein schon höher als die Rente. Also muß wieder die Sozialhilfe einspringen, und die Betroffenen werden nach wie vor zu Sozialhilfe- bzw. Taschengeldempfängern.

Übrigens: Die Pflegeversicherung mit ihren begrenzten Leistungen wird über 20 Milliarden DM kosten – ebensoviel wie ein steuerfinanziertes Leistungsgesetz, von dem es heißt, es sei nicht finanzierbar. Dabei wäre dies viel gerechter. In den gemeinsamen Steuertopf müssen alle entsprechend ihrer sozialen Stellung einzahlen: Großverdiener viel, kleine Einkommen wenig oder gar nichts. Dagegen holt sich die Versicherung das Geld bei den kleinen Leuten, den Versicherten, zusätzlich zu den bestehenden Steuern und Abgaben.

Man muß sogar befürchten, daß die Arbeitgeber sich erfolgreich gegen den „Arbeitgeberanteil" (Hälfte des Beitrags) wehren werden. Auch erscheint die Einbeziehung aller Bürger – also auch der Beamten, der Großverdiener und der Selbständigen – in eine Pflichtversicherung unrealistisch.

Also werden es schließlich nur die Menschen mit kleinen Einkommen sein, die bezahlen müssen – und das mit vollem Beitrag. Dieser wird bei steigenden Kosten sehr schnell 50 DM und mehr betragen – bei minimalen Leistungen.

Nur ein steuerfinanziertes Pflegeleistungsgesetz würde alle betroffenen Menschen, ob mit viel oder mit wenig notwendiger Assistenz, finanziell so ausstatten, daß sie ein selbstbestimmtes Leben führen könnten.

Es lohnt sich weiterzukämpfen!

Jürgen Demloff

Selbstbestimmung im Pflegefall

In der dritten Maidekade tagte in Dresden, in der Evangelisch-Lutherischen Diakonissenanstalt, die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege unter Leitung ihres Präsidenten Dr. Karl-Heinz Neukamm. Die Vorsitzenden der fünf Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege Arbeiterwohlfahrt, Diakonisches Werk, Deutscher Caritasverband und Deutsches Rotes Kreuz (die Vertretung der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland hatte sich wegen anderer dringender Verpflichtungen nicht beteiligen können) hatten sich mit ihren Fachleuten zu einer mehrtägigen Konferenz zum Thema: „Auf- und Ausbau sozialer Dienste und Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege in den neuen Bundesländern" zusammengefunden. Auf einer gut besuchten Pressekonferenz berichteten die leitenden Herren der Freien Wohlfahrtspflege über die Resultate ihres bisherigen Wirkens in den neuen Bundesländern – ein weibliches Wesen war leider nicht unter ihnen – und beantworteten die zahlreichen sachkundigen, aber auch bohrenden Fragen der sehr aktiven Journalisten.

Für uns Mitglieder und Funktionäre des ABiD ist es von außerordentlicher Bedeutung, daß sich der Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege auf eine entsprechende Anfrage **für eine Gleichstellung von Familien- und Wohlfahrtspflege** aussprach und eine Aufwertung der Leistungen für Familienpflege für dringend erforderlich hält. Er trägt die Forderung des ABiD mit, daß der Mensch mit Behinderung das Pflegegeld auf die Hand erhalten und das Recht haben muß, selbstbestimmt über die Art und Weise der Pflege zu bestimmen!

Aber nicht jeder Behinderte ist in der Lage, alle Fragen der Pflege selbst zu regeln. Für diese Personen vor allem wollen die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege als pluralistische Oraganisation wirken und damit den Betroffenen eine freie Wahl der Pflegeeinrichtung ermöglichen.

Die Pressekonferenz bewies ein weiteres Mal die Notwendigkeit des Zusammenwirkens, des Gedankenaustausches und der Diskussion aller in der Krankenpflege, im Behinderten- und Sozialbereich tätigen Organisationen und Verbände. Es besteht ein großes Informationsdefizit und ein noch größerer Handlungsbedarf.

DER LANDESBEIRAT des Allgemeinen Behindertenverbandes Sachsen-Anhalt konstituierte sich am 25. Mai in Zerbst. Ausgehend von den Problemen und den Aufgaben wurde durch die 23 Mitgliedsverbände der Landesbeirat unter Leitung von Dieter Stephan, Weißenfels, gegründet. In den Arbeitsgruppen Recht, Bildung, Bauen/Wohnen, Öffentlichkeit, Kultur und Frauen wurden Konzepte erarbeitet, um vorhandene Erfahrungen für alle nutzbar zu machen und neue Inhalte zu bestimmen.

Kranert, amt. Landesvorsitzender ABiD-SA

Dreizehn Monate Arbeit

Wir setzen hiermit die Veröffentlichung von Auszügen aus dem Rechenschaftsbericht des Vorstandes an den 2. Verbandstag fort:

Unsere Stellung zur „Independent-Living"-Bewegung

Von Anfang an sagten wir – und wir stehen nach wie vor dazu –, daß der ABiD der internationalen „Independent-Living"-Bewegung nahesteht. Ich denke, unsere Mitgliederzahl wird diese internationale Bewegung erheblich stärken. Ich weiß auch, daß sie in verschiedenen Punkten theoretische Positionen vertritt, denen der ABiD in seiner Gesamtheit nicht so ohne weiteres folgt. Insbesondere betrifft das die Frage des Verhältnisses von Behinderten und Angehörigen, die Stellung zu Werkstätten für Behinderte und zu Heimen, in denen Menschen mit Behinderung wohnen bzw. „untergebracht" sind. Soweit ich das beurteilen kann, vertritt die internationale „Independent-Living" -Bewegung in diesen Punkten recht prinzipielle Positionen. Auch die meisten unserer Freunde und Mitglieder aus den westlichen Bundesländern, die sich in Zentren Selbstbestimmten Lebens oder im Forum der Krüppelinitiativen zusammenschlossen, teilen diese Meinung.

Die meisten ABiD-Mitglieder in den östlichen BRD-Ländern halten hier radikale Opposition nicht für angezeigt. Der Vorstand befaßte sich häufig mit diesen Fragen. Im Prinzip verfolgten wir eine Linie, die die theoretischen Erkenntnisse der teilweise jahrzehntelangen Insiderdiskussionen unter westeuropäischen und nordamerikanischen Aktivisten aufnimmt und verbreitet, dennoch aber – den spezifischen Gegebenheiten unserer Entwicklung folgend – gegenwärtig nicht für radikale Lösungen plädierte. Ich halte diesen Streit zwischen „Fundies" und „Realos" nicht für zerstörerisch, solange gegenseitig von der Gutwilligkeit des anderen ausgegangen wird. Wir können und werden nicht für massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen eintreten und dennoch alles daransetzen, daß in Werkstätten für Behinderte Arbeitnehmerstatus einzieht.

Wir können und werden Menschen mit Behinderungen nicht in einen unüberbrückbaren Gegensatz zu ihren Angehörigen, Freunden und ständigen Helfern bringen und dennoch die durchaus realen Interessenunterschiede weder verwischen noch verniedlichen. Es ist schließlich kein Zufall, daß in dem heute zur Beschlußfassung vorliegenden Satzungsentwurf zwingend vorgesehen wird, daß mehr als die Hälfte der Mitglieder jedes gewählten Gremiums selbst behindert sein muß ...

Unser Verhältnis zu anderen Behindertenorganisationen

Eines der am häufigsten – und durchaus sehr kontrovers – diskutierten Themen innerhalb unseres Verbandes und selbstverständlich auch im Vorstand war während der vergangenen dreizehn Monate unser Verhältnis zu anderen Organisationen. Es ist eine merkwürdige Lage eingetreten. Die Behindertenbewegung in Deutschland nahm seit dem Herbst '89 einen ungeahnten Aufschwung. Nie zuvor gab es so viele Abgeordnete, die selbst behindert bzw. in der Familie von Behinderung betroffen sind. Nie zuvor spielten Fragen der Be-

hindertenpolitik in der Öffentlichkeit und in den Parlamenten eine so große Rolle. Nie zuvor bekannten sich so viele Menschen mit Behinderungen ohne Scheu zu ihren Handicaps. Nie zuvor gab es so regen Gedanken- und Erfahrungsaustausch über alle Behinderungsspezifik hinweg. Nie zuvor gab es auch so energische Anstrengungen von Behindertenorganisationen, die sozialpolitischen Interessen ihrer Mitglieder offensiv zu vertreten. All das hängt unmittelbar mit dem Entstehen und der Existenz des ABiD zusammen.

Anfangs gaben sich hoch- und höchstrangige Vertreter der westdeutschen Behindertenorganisationen quasi die Klinke in die Hand, um mir und jeder/jedem anderen, von dem sie meinten, daß er/sie in unserer Bewegung „wichtig" sei oder werden könnte, Zusammenarbeit, Erfahrungsaustausch, Hilfe usw. anzubieten. Da überschüttete man mich und jede/n von uns mit Komplimenten. Wir sollten unseren DDR-Verband gründen.

Eigennutz war für jeden dieser Gäste ein Fremdwort. Politische Meinungen spielten angeblich keine Rolle. Das persönliche Engagement jedes/jeder einzelnen von uns wurde als vorbildhaft bezeichnet. Man bezeugte mir und anderen „größte Hochachtung". Auf dem Gründungskongreß wurde allerdings schon sehr fein unterschieden. Einige der Kandidaten für den Vorstand erhiel-

Am Mikrophon Ottmar Miles-Paul, unseren Lesern auch als Autor der STÜTZE bekannt. Sein Beitrag in Nr. 11+12/91 „USA: ein Traum wurde Gesetz" wird in einer unserer nächsten Ausgabe fortgesetzt.

ten dort kleine Osterpakete, andere nicht.

Ab Mai änderte sich dann auch das „Klima" insgesamt: Sowohl der VdK als auch der Reichsbund versuchten ganz ungeniert, die von uns gerade mit viel Mühe ins Leben gerufenen Orts-, Kreis- und Bezirksverbände zum Beitritt zu bewegen. Die BAGH hielt sich zu diesem Zeitpunkt noch ein wenig zurück. Sie unterstützte den Aufbau behinderungsspezifischer Organisationen wie der „Lebenshilfe", der DMSG usw. und hoffte wohl darauf, eine so gespaltene Bewegung einfach unter ihrem Dach einsammeln zu können.

Nicht ganz unbegründet war auch ihr Vertrauen in die Halsstarrigkeit einiger alteingesessener Vorständler im BSV und GSV der DDR, die um ihre Sessel bangen und deshalb nicht mit uns gehen würden. Im Laufe des Sommers 1990 erwies sich aber, daß unsere junge Organisation schon so viel Selbstbewußtsein hatte, daß eine Vereinnahmung von der Basis her im großen Stil nicht möglich war.

Also gingen VdK und Reichsbund dazu über, kleine Kerngruppen mit Hilfe massiver Unterstützung westdeutscher Partnerorganisationen zu eigenen Landesverbänden (Ost) auszubauen. Im Laufe des Jahres veröffentlichten sie dann utopische Mitgliederzahlen. Ende August gab es dann noch einmal den Versuch, den DDR-Behindertenverband in Gänze zu vereinnahmen. Der VdK ließ mir die Beitritts-Offerte von seinem Bundesgeschäftsführer sehr freundlich überbringen. Von der BAGH bemühte sich deren Präsident selber ...

Der ABiD tritt als parteiunabhängig und weltanschauungsübergreifend an, um u. a. sozialpolitische Interessen von Menschen mit Behinderungen und unseren Angehörigen zu artikulieren und zu vertreten. Diesem Anspruch fühle ich mich zu jedem Zeitpunkt verpflichtet. Schließlich fragt auch die Behinderung weder nach dem Glauben, dem man anhängt, noch nach der politischen Meinung, die man vertritt. Es ist geradezu mein Ziel, alle politischen Parteien davon zu überzeugen, daß es unbedingt notwendig ist, uns Betroffene selbst aktiv und verantwortlich in die Ausarbeitung und Umsetzung der Behindertenpolitik einzubeziehen.

Die direkte Präsenz in Parlamenten ist ja geradezu zu einem ABiD-Markenzeichen geworden. Hier verfügen wir – trotz unserer „Jugend" – inzwischen über die größten Erfahrungen. Hier haben wir allen anderen Behindertenverbänden in Deutschland ein wesentliches Stück voraus. Ich hoffe, daß sich in Zukunft weit mehr direkt von Behinderungen betroffene Frauen und Männer in Parlamenten für ihre (also unsere) ureigensten Interessen engagieren können. Und zwar über alle Fraktionen hinweg! Behindertenfragen dulden nämlich Parteiengezänk am allerwenigsten.

Ich erinnere hier nur einmal daran, daß im Deutschen Bundestag ungefähr 70 Abgeordnete mit den unterschiedlichsten Handicaps sitzen müßten, wenn wir einigermaßen proportional zum Anteil an der Bevölkerung vertreten sein sollten. Welch gewaltiger Spielraum für fraktionsübergreifende Initiativen öffnete sich da! ...

Doch zurück zu unserem Verhältnis zu anderen Verbänden. Diese Abschweifung war notwendig, dennoch glaube ich – und der Vorstand schließt sich dem an – daß meine Parteizugehörigkeit nur ein Vorwand ist, uns als unliebsame Konkurrenz „auszuschalten". Immer wieder wird damit gegen uns Stimmung gemacht. Ich erinnere

an jenen unsäglichen Kommentar von Herrn Arbeiter in „Leben und Weg", der gewissermaßen mich persönlich – und den ABiD gleich mit – für Häftlingsfolter in Bautzen und menschenunwürdige Verhältnisse in einigen Einrichtungen für geistig Behinderte verantwortlich zumachen versuchte.

Tief betroffen war ich auch, als Herr Görtemaker, ein hochrangiger Vertreter des Reichsbundes, auf einer Veranstaltung in Bonn zu wißbegierigen Mitgliedern einer Besucherdelegation des Bundestages am 19. April d. J. voller Verachtung sagte, daß der ABiD niemals eine Chance in Deutschland habe, solange er sich nicht endgültig von allen SED-Mitgliedern trenne. Welche Arroganz! Und welche Menschenverachtung sprechen aus diesem undifferenzierten Haß! Und welche Scheinheiligkeit steckt hinter diesem „Argument"! Ich sagte bereits, daß der Reichsbund inhaltlich unseren Forderungen durchaus am nächsten zu stehen scheint. Es gibt aber keine inhaltliche Auseinandersetzung. Erst recht keine Reaktion auf Angebote zu gemeinsamem Vorgehen in Fragen, in denen Einigkeit herrscht. Briefe werden nicht beantwortet, nicht einmal eine Eingangsbestätigung erfolgt ...

Der Vorstand vertrat in den abgelaufenen Monaten die Ansicht, daß jede inhaltliche Zusammenarbeit gewünscht und gefördert wird. An der Basis ist sie vielerorts ohnehin gang und gäbe. „Einfache" ABiD-Mitglieder nahmen und nehmen ebenso rege an Veranstaltungen anderer Verbände teil wie Vorstandsmitglieder. Das betrifft die bereits genannten ebenso wie die „Clubs Behinderter und ihrer Freunde" (cbf), die Zentren Selbstbestimmten Lebens oder auch die verschiedenen Wohlfahrtsverbände.

Zum Verbandstag '91 herausgegeben wurde ein 2. Band der Dokumentationsreihe des ABiD. Unter dem Titel

Alle Könige sind gleich

werden ausgewählte Leserbriefe von Januar 1990 bis April 1991 vorgestellt und damit ein Teil der Entwicklung des Behindertenverbands in der Öffentlichkeit übersichtlich reflektiert.

Das Bändchen ist ebenso wie der 1. Band

Schonzeit gab es nicht

käuflich zu erwerben und kann bei der Hauptgeschäftsstelle des ABiD, Am Köllnischen Park 3, O-1026 Berlin, zum Preis von 7,80 DM (bei Bestellung beider Bände zusammen 12,– DM) bestellt werden.

Kreis- und Ortsverbände, die mehr als 10 Stück bestellen und weiterverkaufen, zahlen 5,– DM pro Stück an die Hauptgeschäftsstelle und können die Differenz zum Verkaufspreis selbst verwenden.

Wir begannen, die bundesdeutschen Gegebenheiten kennenzulernen und wir vermittelten unsere Erfahrungen. Und wir schlagen vor, auch weiterhin jede inhaltliche Zusammenarbeit auf allen Ebenen zu suchen, anzubieten und zu pflegen. Sogar organisatorische Kooperation sollten wir – in Anbetracht der ungeheuer raschen Entwicklung – nicht ausschließen, sofern unsere Identität davon nicht schwerwiegend beeinträchtigt wird. Der Vorstand bittet den Verbandstag, diese Linie zu bestätigen und dem neuen Vorstand als Auftrag mitzugeben. Das müßte dann selbstverständlich für alle Organisationen gelten, seien es kleine oder große, nationale oder internationale, seien es Selbsthilfegruppen, Verbände, Wohlfahrtsorganisationen oder Netzwerke.

Unsere STÜTZE

Im unmittelbaren Zusammenhang mit unseren Finanzen muß auch über DIE STÜTZE gesprochen werden. Viel lieber ginge ich ausschließlich unter inhaltlichen Gesichtspunkten auf diese Zeitung ein, die mir so lieb ist. Allerdings nicht nur lieb: Sie ist uns auch teuer. Deshalb sei hier nur nochmals gesagt, daß es – zumindest in Europa – kein zweites Journal von Behinderten für Behinderte gibt, das auch nur annähernd die Aktualität unserer STÜTZE hätte. Ich denke, der 14tägige Erscheinungsrhythmus ist uns wichtig und wir sollten ihn nicht ohne Not verringern. Zumal schon jetzt stets viel mehr Material vorliegt, als gedruckt werden kann. Einen gewissen Eindruck von der Vielfalt und auch von den Veränderun-

Die Delegierten des Verbandstages bei einer Abstimmung

gen in unserem Leben bieten die Leserbriefe, die zu den ständigen Rubriken gehören und auch weiterhin gehören sollten.

Heute, liebe Delegierte, liegt das Bändchen „Alle Könige sind gleich" mit ausgewählten Leserbriefen zum Kauf aus. Abgesehen davon, daß ich das Titelbild in keiner Weise dem Inhalt gemäß finde, ist es gut, sich an der eigenen Geschichte zu vergewissern. Diese Dokumentation – unsere zweite nach „Schonzeit gab es nicht" – faßt einen Teil unserer Entwicklung und deren Reflexion in der öffentlichkeit übersichtlich zusammen ...

Wir stehen vor der Situation, unbedingt alles zu tun, DIE STÜTZE auf eigene, feste finanzielle Füße zu stellen, damit sie selbst laufen kann. Dazu ist ein Bündel von Maßnahmen erforderlich.

Erstens müssen wir gemeinsam die Abonnentenzahl erhöhen! Hier ist in den Ländern und Kreisen noch viel zu tun. Ich fordere euch/Sie, liebe Delegierte, dringend auf, zu Hause für DIE STÜTZE zu werben.

Zweitens brauchen wir bezahlte Anzeigen. Das ist in erster Linie Aufgabe der Geschäftsführung eines Verlages. Es kann uns aber nicht gleichgültig lassen, daß da so geringe Werbeeinnahmen kommen. Deshalb sollte jede/r an ihrem/seinem Ort prüfen, ob dort Firmen oder Gruppen sind, die gelegentlich in der STÜTZE inserieren könnten. Auch private Kleinanzeigen bringen Geld. Andererseits nutzen sie dem Inserenten. Also: Keine Hemmungen bitte!

Drittens müssen wir wahrscheinlich den Preis verändern. Da die Portokosten sich seit April d. J. verdoppelten, besteht die Notwendigkeit, auch das zu berücksichtigen.

Vielleicht finden wir Möglichkeiten, die Portokosten direkt im Preis zu verankern? Dann muß aber mit mindestens 2,– DM pro Ausgabe gerechnet werden. Ich weiß, daß schon jetzt etliche Leser über den Preis stöhnen. Mit 2,– DM kommt ein Abonnent aber immer noch günstiger als 1,– DM plus Porto, das jetzt 1,40 DM beträgt.

Viertens sind neue, kostensparende Vertriebswege zu erschließen. Bis jetzt machte kaum jemand von den Rabatten Gebrauch, die angeboten werden, wenn man eine größere Anzahl Zeitungen abnimmt und sie dann selbst vertreibt. Wichtig ist dabei allerdings auch, daß der Weg zum Leser nicht zu lang wird, denn damit wäre die Aktualität dahin ...

Es ist wichtig, über DIE STÜTZE aus der Sicht der Finanzierung zu reden. In erster Linie aber wollen wir sie inhaltlich sehen. Und ich denke, da darf ich an dieser Stelle zuallererst und ganz laut ein großes Lob und Dankeschön an die „Macher" aussprechen. DIE STÜTZE ist tatsächlich ein Journal von Behinderten für Behinderte und ihre Freunde. Dort findet tatsächlich öffentliche Diskussion statt. Die Leser nehmen Anteil an der Entwicklung ihrer Zeitung, des ABiD und der gesamten Behindertenbewegung. In der STÜTZE gibt es konträre Meinungsäußerungen. DIE STÜTZE gibt Rechtsauskünfte ...

Kritik an der STÜTZE wird insbesondere laut in bezug auf ihren Berlin-Zentrismus. Ja, bitte. Dieser Vorwurf fällt auf die Kritisierer zurück. Wer soll denn aus den Ländern, Kreisen, Orten berichten, wenn nicht Ihr/Sie selbst? Woher soll denn die Redaktion Informationen bekommen, wenn nicht „von der Basis"?...

Damit beenden wir den Abdruck von Auszügen aus dem Bericht.

Jörg Fretter

Der Lauf der Zeit

Nun ist er also vorbei, der Verbandstag des ABiD. Zeit zu fragen, was hat er aus Sicht eines Aktivisten in Sachen Behindertenpolitik aus den Alt-Bundesländern denn nun gebracht? Wegweisend sollte er sein, der Verbandstag, doch statt der vielbeschworenen Aufbruchstimmung fand sich der Kampf um die Macht. Und selbst aktive Mitglieder des Verbandes wurden überrascht. Während die einen noch von einem „Familienkrach" sprachen, der ja auch in den besten Familien einmal vorkomme, redeten die anderen bereits davon, daß dies der Anfang vom Ende des einst hoffnungsvollen Verbandes war. Die Befürchtungen der emanzipatorischen Behindertenszene West scheinen sich bestätigt zu haben. Immer schon wurden Verbände und größere Vereinigungen mißtrauisch beäugt, denn ihr Auftreten in den Alt-Bundesländern war selten im Sinne der Betroffenen. Entweder versteckten sich hinter aufreizenden Namen verkappte Elternvereinigungen, die natürlich immer nur „in bester Absicht" und „im Interesse ihrer Kinder" sprachen oder sie wurden dominiert von eilfertigen Nichtbehinderten, die den Behinderten mal zeigen wollten, wie die „Emanzipation" dieser diskriminierten Gruppe denn vor sich gehen könnte. Auf der Strecke blieb dabei immer das Selbstbestimmungs- und Selbstvertretungsrecht von behinderten Menschen.

Frischer Wind wehte den Aktivisten und Aktivistinnen der emanzipatorischen Behindertenbewegung-West aus dem Osten der Republik entgegen – eine Energie, die unsere schon ein wenig kürzer tretenden Behinderten kaum noch gewohnt waren. Ein starker Behindertenverband, so die Vision der Befürworter, würde Power in die politischen Auseinandersetzungen bringen. Ja, einige träumten gar vom Zusammenschluß des ABiD-Ost mit der chaotischen emanzipatorischen Krüppel- und Behindertenszene West. Doch die hochfliegenden Träume und Erklärungen wurden enttäuscht, ein Großteil der knapp 130 Delegierten wollte diesen Gedankengängen nicht folgen.

Ein Streit folgte, der einen Riß offenbarte, der wohl schon länger – bislang eher unbemerkt – den Verband durchzog. Denn hatten die Behinderten innerhalb des ABiD immer deutlich betont, dieser Verband sei Ihr Verband; von IHNEN aufgebaut und IHNEN immer wieder am Leben erhalten – wurde auf dem Verbandstag von den Eltern aufgezeigt, wohin die Reise geht. Schnell entschuldigten sich einige dafür öffentlich, nicht behindert zu sein – und machten deutlich, daß sie die Einführung einer Quotierung für die Besetzung des Vorstandes (51 Prozent Behinderte) als Angriff auf ihre Stellung innerhalb des Verbandes werten würden. Der Selbstbestimmt-Leben-Weg dürfe nicht dazu führen, den Eltern ihre Position innerhalb des Verbandes zu beschneiden. Die Satzung wurde insofern nicht geändert. An dieser Stelle war für die Delegierten aus dem Westen Deutschlands spätestens klar, daß sie nicht für Funktionen innerhalb des Vorstands kandidieren konnten. Dieser „Dissenspunkt", wie er während der Veran-

staltung genannt wurde, war aber weitaus mehr: Er war DER Kristallisationspunkt, durch den sich der ABiD in der Satzung künftig eindeutig von den anderen bundesdeutschen Vereinigungen unterschieden hätte. Doch dieser Punkt war hier nicht durchsetzbar. Die Enttäuschung darüber bei den Behinderten aus Ost wie West, die sich dem emanzipatorischen Weg verschrieben hatten, war unübersehbar.

War es die Angst davor, daß westdeutsche Aktivistinnen oder Aktivisten im ABiD dominieren würden? War es die Befürchtung, daß die Identität des ABiD durch das Zutun der Krüppel/Behinderten aus den Alt-Bundesländern zerstört werden würde? Oder hatte die Mehrheit der Delegierten es einfach satt, sich von herbeigeeilten Wessis sagen zu lassen, was sie zu denken und zu tun haben? Wahrscheinlich von jedem ein bißchen und doch von allem nichts. Denn natürlich ist die derzeitige Situation der fünf neuen Länder vom Besserwissertum der Wessis geprägt, doch scheint mir der wahre Kern des Pudels der zu sein, was sich in unseren Behindertenverbänden seit eh und je tut: Daß nämlich Eltern und „Betroffene" ihre Positionen benutzen, um ihre eigenen Interessen als die der Behinderten zu vertreten.

Es gibt – und das sei an dieser Stelle einmal deutlich gesagt – gewaltige Unterschiede zwischen Angehörigen und Behinderten. Gerade Eltern haben in der BRD Strukturen der AusSONDERung, immer in Zusammenarbeit mit (natürlich nichtbehinderten) Experten forciert. Von der SONDER-Frühförderung über den SONDER-Kindergarten, die SONDER-Schule, die SONDER-Ausbildung, den SONDER-Arbeitsplatz, das ausSONDERnde Heim bis hin zur SONDER-Altenstätte haben wir alles. Von Eltern und „wohlmeinenden" Nichtbehinderten initiiert und bis heute als der beste Weg propagiert. Behinderten Menschen, die sich und andere aus diesen ausSONDERnden Strukturen befreien wollen, wird nicht nur Undank-

barkeit vorgeworfen, sondern auch politische Blauäugigkeit und Sektierertum, weil sie statt Integration die Nicht-Aussonderung auf ALLEN Ebenen des gesellschaftlichen Zusammenlebens einfordern. Dazu gehört eben auch die Suche nach Alternativen zu der SONDER(und somit AUSSONDERUNGS-)-Kultur. Dieser Weg ist nicht mit windelweichen Formulierungen und Positionen zu gehen/zu rollen, die eine Sondereinrichtung NEBEN nichtaussondernde Schulsysteme stellen.

Die Delegierten des Verbandstages '91 haben sich entschieden. Wird dieses Votum den ABiD nicht über kurz oder lang in das Lager derer drängen, die derzeit schon als „Experten" in unserer Sache an den Futtertrögen der Macht und des politischen Einflusses sitzen? Der ABiD wird künftig nur einen der kleinen Verbände repräsentieren: bekämpft von den altvorderen Behindertenverbänden, wie VDK, Reichsbund oder BSK, die ihn weiter der PDS-Nähe bezichtigen und verleumden werden; und die Krüppel- und Behindertenszene West wird sich voraussichtlich eher taktisch verhalten, weil sie sich mit den gestellten Weichen nicht abfinden kann und sicher nur in Einzelfragen, wie z. B. der Forderung nach einem Antidiskriminierungsgesetz, mit dem ABiD zusammenarbeitet. Trauer und Wut sind bei mir die Folge.

Trauer um all die Energien, die schwerstbehinderte Menschen beim Aufbau ihres eigenen Verbandes anscheinend nutzlos in den ABiD eingebracht haben, denn ihre Erfahrungen wurden z. T. unhinterfragt negiert. Wut – einen Verband durch die verabschiedeten wachsweichen Beschlüsse so schnell den Bach runtergehen zu sehen. Nach den zwei Marathontagen von Berlin sollte der ABiD, statt Perspektiven zu beschwören, sein Verhältnis zu den Vokabeln „Selbstbestimmung" und „Emanzipation" klären. Daran konnte auch die Abschlußdiskussion nichts ändern, die – nachdem alles Wichtige im Sinne der „Betroffenen" geklärt war – anscheinend den Kitt darstellen sollte, die Risse des Verbandes zu überdecken.

Soweit der Erlebnisbericht von Jörg aus Köln. Ja, es ist bitter, daß sich die meisten Delegierten gegen eine Quotierung ausgesprochen haben. Ja, es ist enttäuschend, daß kein wegweisendese Programm verabschiedet werden konnte, sondern nur einzelne Punkte andiskutiert wurden. Ja, und es ist sehr bedauerlich, daß aus diesen verständlichen Gründen sich unsere westdeutschen Freunde diskret zurückgezogen haben. Einzelkontakte wird es weiter geben, aber eine künftige intensive Zusammenarbeit wird sich wohl – freundlich ausgedrückt – problematisch gestalten. Wir gehören zu denen, die das von ganzem Herzen bedauern. Aber wir geben auch folgendes zu bedenken: Obwohl keine Quotierung festgeschrieben werden konnte, geht das Selbstverständnis derer, die von Anfang an am Aufbau unseres ABiD beteiligt waren, doch in diese Richtung. Denn von den insgesamt 17 neu gewählten Vorstandsmitgliedern sind 16 behindert! Das ist doch ein deutliches Zeichen. Das zeugt doch vom Vertrauen in die eigenen Potenzen und vom Willen der Behinderten, selbst zu bestimmen, „wohin die Reise geht". Könnte das nicht doch eine Basis für gemeinsame Wege sein? Wir würden es uns wünschen!

Die Redaktion

Widerstand muß sein ...

Da hatte ich mich im ersten Urlaubsvorgefühl auf die Reise begeben, mit dem Auto, auf der Autobahn, gen Westen. Als eifriger STÜTZE-Leser war mir vorher die Mitteilung aufgefallen, daß es einen Schlüssel-Service für Behinderten-WC auf den Autobahntankstellen gibt, die, nach langen Mühen selbstverständlich, mit einheitlichen Schlössern ausgestattet wurden (Nr. 7/91). Und so hatte ich mir – Voraussicht ist die Mutter der Porzellankiste – beim freundlichen Darmstädter „Club Behinderter und ihrer Freunde" jenen wundersamen Schlüssel bestellt, der mich während der Fahrt aller Not entledigen sollte. Selbst die Post spielte in meiner Reiseplanung mit und stellte mir das kleine Päckchen rechtzeitig zu.

Also fuhr ich los und brauchte meinen Schlüssel. Er paßte, überall kam ich ohne langes Hin und Her rein, alles war sauber, bequem (sogar mit Musik an einigen Orten) und ich wollte schon in lauten Jubel ausbrechen. Allerdings hatte ich vergessen, wo ich mich befand – im Westen nämlich. Nun war meine Euphorie nicht soweit gegangen, zu glauben, daß all die alten, schmuddeligen hiesigen (Ost-)Anlagen sich über Nacht in Schmuckkästchen mit entsprechenden Behinderten-Einrichtungen verwandelt hatten. Sicher, einige haben sogar schon verchromte Armaturen oder neue Fliesen – man soll ja nicht nur klagen und die Fortschritte dabei übersehen (wenn auch die üblichen Wasserlachen geblieben sind und die Dienstleistung nun statt 10 Pfennigen 50 kostet). Aber auf die in Rekordzeit und als Dringlichstes aus dem Boden gestampften neuen, schmucken Tankstellen der Westfirmen, auf die hatte ich schon gehofft, schließlich hat mich ja mein Schlüssel „bescheidene" 20 DM gekostet. Doch weit gefehlt: Völlig fremde Schlösser versperrten mir den Weg. Ich mußte mich erst zum Tankwart begeben, das begehrte Utensil erbitten, und so weiter ...

Aber ich bin ein Mensch guten Willens, habe mir meinen Reim auf das Ganze gemacht. Nicht etwa, daß hier Gedankenlosigkeit regieren würde. Nein: hiermit konnte endlich bewiesen werden, daß in den fünf neuen Ländern

eben nicht einfach alles übernommen wird, auch wenn es sich in den alten noch so sehr bewährt hat. Schade nur, daß die allgegenwärtigen Medien von diesem heldenhaften Ereignis so wenig Notiz genommen haben, meint

Ihr

Blasius Stichling

PS.: Wenn auch sicher nicht das dringlichste Problem, so hat der ABiD dennoch inzwischen bei der zuständigen Gesellschaft für Nebenbetriebe der Bundesautobahnen mbH (GfN) gegen dieses Verfahren protestiert und eine Angleichung der Schlösser gefordert.

Waltraud Jähnichen

Bestsellerverdächtig

Die Orientierung auf dem Buchmarkt ist schwieriger geworden, seitdem nun auch die Fülle westdeutscher Publikationen zugängig ist. Die gestiegenen Preise – bis zu 300 Prozent und mehr gegenüber der früheren DDR – lassen viele die Mark dreimal umdrehen, ehe sie sich zum Kauf entschließen.

Aber man kann sich das Gewünschte ja auch ausleihen, zum Beispiel das „Buch der Nächte" von der jungen, begabten Französin Sylvie Germain, das man unbedingt lesen sollte. Es ist soeben im Verlag Rütten & Loening erschienen und machte zur Messe in Leipzig Schlagzeilen. Die Autorin erzählt eine fesselnde Familiensaga von 1870/71 bis zum Ende des zweiten Weltkrieges. Glück und Unglück zeichnen die Schicksale, Verstrickung in die blutige Zeitgeschichte, geprägt von drei Kriegen. Immer wieder begehrt der unbeugsame Bauer Victor-Flandrin dagegen auf, immer wieder sucht und flucht er Gott, bis er ihn gänzlich verwirft; denn sonst müßte er dem Morden Einhalt gebieten. Aber dieser Roman ist kein Antikriegsbuch wie viele andere. Es ist ein Kunstwerk unerschöpflicher Phantasie, mit der die Autorin Menschen und Dinge in unverwechselbarer Einzigkeit erfindet, ihre verschlungenen Lebenswege. Verschlüsselte Zeichen, Visionen biblischer Wucht, Naturbilder filigraner Zartheit, Wunder und Mythen verweben sich zu einem faszinierenden Text und breiten einen poetischen Zauber über die Geschehnisse voller Schrecken und Schönheiten.

Einer ganz anderen Menschheitsgeißel hat Dominique Lapierre den Krieg angesagt: AIDS. Den Kranken in aller Welt zu helfen, ging sein Ruf vor allem auch an deutsche Verleger, das neueste Buch von ihm, „Ihr seid die Hoffnung", zu verbreiten. Der C. Bertelsmann Verlag hat diesen Ruf gehört und die erschütternde Dokumentation in sein Programm aufgenommen. Ein Teil des Erlöses soll den zumeist ausgegrenzten Betroffenen zufließen, dazu beitragen, daß sie sich nicht vergessen fühlen. Für das soziale Engagement dieses Verlages spricht auch die Veröffentlichung der Reportage von Michael Preute über das Elend der Rauschgiftsüchtigen. „Drogen Markt Schule" ist präzise recherchiert und vermittelt das bestürzende Fazit, daß die Opfer mehr und mehr Kinder sind und alle Gegenmaßnahmen nicht greifen. Mut zur Wahrheit gefährden statt dessen den, der in die Dealerszene einzudringen wagt, wo auch Bänker und Industriebosse kräftig mitmischen.

Wie man ein Leben im Rollstuhl sinnerfüllt gestaltet, erzählt Ines Eck in „Steppenwolfidylle". Die Autorin, geb. 1956, ist mit der Ich-Figur identisch und hat schreibend ihre ganz persönliche Aufgabe gefunden: Frauen zuzuhören und über deren Probleme die eigene, schwere Wirklichkeit zu meistern. Sie erfährt die „Behinderung" von Menschen, die nicht wie sie auf den Rollstuhl angewiesen sind und doch in den Zwängen der Gesellschaft, in disharmonischen Partnerbeziehungen, unerfüllten Sehnsüchten Gefangene sind. Dieses mutige Debüt, das ungeschminkt geheimste Gedanken und Gefühle preisgibt, legte kürzlich der Auf-

bau-Verlag vor. Da es um Haß und Liebe der Geschlechter geht, ist es keineswegs nur ein Buch von Frauen für Frauen, genauso wenig wie das von Lilou Marquard über die große alte Dame der Pariser Haute Couture: „Coco Chanel", bei Volk und Welt erschienen. Mode sollte, nein, hat auch Männer zu interessieren, mehr noch, handelt es sich doch bei diesen Erinnerungen um den Existenzkampf einer Persönlichkeit, die, 1954 zurückgekehrt aus dem Exil, trotz einstiger Berühmtheit ganz von vorn anfangen muß. Der Chanel bleiben bittere Niederlagen nicht erspart. Verzweiflung macht sie mit Arbeitswut wett. So gelingt ihr schließlich das Comeback, aber nur, weil sie alle kreativen Kräfte in sich mobilisiert.

Für den Krimi-Freund noch ein Tip vom Goldmann Verlag, der mit unter das Dach von Bertelsmann gehört: Elmore Leonard aus den USA, den man in einem Atemzug mit Dashiell Hammett und Raymond Chandler nennt, folgt den Spuren eines geriebenen Ganoven, der ein Ding drehen will, das einige Nummern zu groß für ihn ist. „Schnappt Shorty" ist mit viel schwarzem Humor und Sympathie für die kleinen Leute in der Welt des großen Geldes geschrieben und ganz nebenbei wird hinter die Fassade der Traumfabrik Hollywood geleuchtet, wo es alles andere als traumhaft zugeht.

Gabi Jank

Integrationsdorf Mark Zwuschen

1. Juni 1991 – Kindertag – Feierliche Eröffnung des Integrationsdorfes Mark Zwuschen im allerletzten Zipfel der Mark Brandenburg. Gäste aus nah und fern waren erschienen, um uns Glück zu wünschen und uns materielle Unterstützung zu geben, damit wir mit unserem Modellprojekt einen weiteren Schritt in „Ein Leben in Selbstbestimmung und Würde" gehen können. Vom ABiD wurde unserer Behindertenarbeitsgemeinschaft Lausitz e. V. (BAL) ein Gebäudekomplex (Speicher) in Mark Zwuschen zur Nutzung für die Arbeit mit Menschen mit Behinderung als Geschenk überlassen. In Zusammenarbeit mit dem Institut für Sozialforschung und Betriebspädagogik Berlin (ISB) wurde von uns ein Konzept entwickelt, das im Ergebnis zu einem integrativen beruflichen und sozialen Zusammenleben von behinderten und nichtbehinderten Menschen im Dorf führen soll. Dem Projekt fällt damit eine Doppelfunktion zu: die Integration behinderter Menschen – im Sinne des Normalisierungsprinzips – und eine Stärkung der wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen der Einwohner. Die Gefahr einer Entwicklung hin zu einem „Anstaltsdorf" ist somit gebannt.

Die BAL-Projektgemeinschaft wird ein differenziertes Wohnformenangebot aufbauen und für den individuellen Hilfebedarf der Behinderten einen ambulanten Assistenzdienst einrichten. Es werden nur „offene" Wohnformen geschaffen, d. h. Einzelwohnraum, Wohngemeinschaften und in besonderen Fällen „betreute Wohngemeinschaften" (z. B. für Schwerstbehinderte, Jugendliche im

Wohntraining oder Internat). In der ersten Projektphase ist der Bau von vier Einfamilienhäusern geplant; das Speichergebäude wird für Wohngemeinschaften umgebaut. Die Leistungen des ambulanten Assistenzdienstes werden grundsätzlich allen Bewohnern Mark Zwuschens und der Nachbargemeinden offenstehen. Für den sich künftig entwickelnden Wohnbedarf stehen im Dorf ausreichend Grundstücksflächen zur Verfügung.

Die BAL-Projektgemeinschaft plant den Aufbau eines abgestuften Systems von aufeinander abgestimmten, durchlässigen und vernetzten Arbeitsprojekten, die eine hohe Bestandssicherheit gewähren. Unter der Organisationsform einer Werkstatt für Behinderte werden geschützte Arbeitsbereiche aufgebaut:

„Bio-Hof" mit den Produktionsweisen Tierhaltung und Pflanzenproduktion, Tischlerei, Stahlbau, Instandsetzung, Installation, Pflege- und Aufforstungsmaßnahmen, Sandstrahlarbeiten, Kraftfahrzeugpflege, Malerwerkstatt, Schneiderei (Mode für Mollige und Behinderte). In allen Bereichen wird ein Arbeitstrainingsprogramm aufgebaut. Zusätzlich wird ein Netz von Zweckbetrieben geschaffen, in denen behinderte und nichtbehinderte Arbeitnehmer gleichberechtigt miteinander arbeiten. Die speziellen Fördermöglichkeiten für die Betriebsform „Zweckbetrieb" gestatten notwendige Rehabilitationsleistungen für die behinderten Arbeitnehmer, ohne daß diese zu Lasten der Gesamtwirtschaftlichkeit des Betriebes gehen müssen. Positive wirtschaftliche Entwicklungen der Zweckbetriebe können an die Werkstatt rückgekoppelt werden und diese in ihrer Entwicklung fördern.

Unser Schmetterling ist ein Zeichen des Aufblühens und der Entwicklung des Lebens und der Umwelt zum Wohle aller Menschen. Möge uns dieses Vorhaben gelingen!

Gabi Jank bei der Eröffnung des Integrationsdorfes

Ursula Muske

Tagesablauf einer Vorsitzenden

Es ist sieben Uhr. Ich liege noch im Bett und überlege, was ich heute unbedingt erledigen muß. Plötzlich klingelt das Telefon. Es ist der Vorsitzende eines anderen Kreisverbandes, der Informationsmaterial und Hilfe benötigt. Wir vereinbaren einen Termin, wann ich zu ihm komme.

Unser Frühstück wird mehrmals durch das Telefon unterbrochen. Plötzlich aber klingelt es an der Haustür. Draußen stehen zwei Behinderte aus dem Kreisgebiet. Sie wollen mir erzählen, daß ich recht hatte: Die Kündigung war rechtswidrig und der Betrieb hat sie zurückgenommen. Beide freuen sich sehr und bedanken sich.

Später versuche ich, die wichtigsten Briefe zu beantworten und die neue Konzeption für den Kreisverband zu erarbeiten. Da bringt mein Mann die Post, viele Briefe von Verbänden, Ämtern und Schwerbehinderten, die um Hilfe, Rat und Unterstützung bitten. Das Dringlichste lege ich heraus, damit es sofort bearbeitet werden kann.

Plötzlich schrillt wieder das Telefon. Ein Mitglied, das schon lange auf eine Behindertenwohnung wartet, hat endlich eine bekommen. Wieviel Freude! Wieviel Dank für die Unterstützung unseres Kreisverbandes.

Kaum habe ich aufgelegt, muß ich den Hörer schon wieder nehmen: Ein Behinderter fragt, ob es stimme, daß es in Stralsund besondere Umschulungsplätze für Schwerbehinderte gäbe. Ich weiß es nicht, aber erkundige mich gleich beim Landesvorsitzenden.

Nun arbeite ich an einem Referat für den Vorstand in Rostock. Anschließend lese ich Informationsmaterial und Gesetze. Beim Abendbrot wieder Telefonschrillen. Die Frau eines Rollstuhlfahrers berichtet, daß das Auto ihres Mannes nicht mehr repariert werden könnte, und daß sie ein neues dringend benötigten. Sie fragt, wo man den Zuschuß zum Kauf eines Autos beantragen müßte.

Ich erkläre ihr alles und gebe noch Hinweise zum Ausfüllen des Antrages. Sie bedankt sich und ich bitte meinen Mann, den Fernseher anzumachen. Ich müßte mir eine Informationssendung ansehen, aber das Telefon verhindert es. Eine Rollstuhlfahrerin aus Berlin, die uns sehr gut kennt, hat ein dringendes Problem: Ihr wurde vom Senat gekündigt. Sie braucht Rat, Unterstützung und Trost, da sie ganz allein in einer Rollstuhlwohnung lebt.

Etwas später überdenke ich in Ruhe den Ablauf des Tages. Mir wird bewußt, wie schwer meine Arbeit als Vorsitzende eines Behindertenverbandes ist, daß es aber auch möglich ist, in vielen Fällen zu helfen. Darüber bin ich sehr froh und schöpfe wieder Mut und Kraft, um anderen weiter beistehen zu können.

Die Alarmglocken läuten!

Die Enteignung der Schwächsten der Gesellschaft ist angesagt! In wenigen Wochen werden für die Bewohner von Feierabendheimen die Kosten unerschwingliche Größenordnungen annehmen. Die älteren Bürger und Behinderten sollen zu Sozialhilfe-Empfängern herabgewürdigt werden. Zwar spricht man immer von gesetzlich festgelegten Zuwendungen, aber ich empfinde dieses Verfahren entwürdigend und als eine Demütigung, ganz abgesehen davon, daß die Zuteilung eines begrenzten Taschengeldes diskriminierend ist. Schon der Begriff des „Taschengeldes" für Bürger, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben, kommt einer Entmündigung gleich! Aufrechter Gang? Ein Hohn, wenn die ökonomische Daumenschraube angesetzt wird, wenn Großeltern ihren Enkeln nicht mal ein kleines Geschenk machen können oder es vielleicht noch beantragen müssen! In den Feierabendheimen wohnen auch viele jüngere Schwerbehinderte, denen kaum eine andere Wahl ihres Wohnsitzes bleibt und die ohnehin jahrelang benachteiligt sind. Sie müßten ihre Lebensansprüche erheblich unter das bisherige Niveau schrauben, sich vielleicht noch vorschreiben lassen, was sie kaufen dürfen und was nicht. Der Artikel 1 des Grundgesetzes lautet: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen, ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt." Wir aber werden zu Bitt- und Antragsstellern, die wegen ihres Handicaps von Amt zu Amt fahren müssen (soweit wir es können) und meist monatelang auf Entscheidungen zu warten haben, wie das gegenwärtig bei der Gewährung des Pflegegeldes der Fall ist.

Der ABiD ist mit dem Anspruch auf Selbstbestimmung und Würde angetreten und ich bin nicht bereit, mich dieser bevorstehenden Diskriminierung zu unterwerfen. Als Mehrfachgeschädigter bin ich auf ständige Betreuung angewiesen, die mir in unserem Heim, in dem ich seit über 13 Jahren wohne, in bestem Sinne zuteil wird. In meinem kleinen Zimmer habe ich mich gut und zweckmäßig eingerichtet und fühlte mich bisher recht wohl.

Jetzt sollen wir den Behörden unsere Bedürfnisse offenbaren und laufen dabei Gefahr, daß sie dem Rotstift zum Opfer fallen. Ich finde das einen Eingriff in die Intimsphäre. Als HWS-Querschnittsgelähmter bin ich für meine Mobilität auf die Benutzung eines PKW angewiesen, den ich 1984 gekauft habe, und es müßte bald mal ein neues Fahrzeug her. Da ich nicht berufstätig bin, erhalte ich wohl kaum einen entsprechenden Zuschuß.

Von unserer Verbandsleitung erwarte ich, daß sie sich auch für die Behinderten in den Feierabendheimen einsetzt und sich dabei aller ihrer Mittel und Möglichkeiten bedient!

Jürgen Christange
Berlin-Buch

In Ihrem Brief wird deutlich, wie groß die Sorgen und Ängste der Menschen geworden sind, die zu einem Leben am Rande der Gesellschaft gezwungen sind. Der bisherige Rand hieß Alters- bzw. Pflegeheim. Wie der neue Rand bezeichnet wird, ist noch sehr unklar. Denn scheinbar sind Alters- und Pflegeheimplätze nunmehr jenen reserviert, die eine entsprechende Absicherung nachweisen können. Wir können Ihren Unmut, nein, es ist eher eine versteckte

Wut, nachfühlen und verstehen. In Ihrer Erwartung ist ein Vertrauen enthalten, dem wir gerecht werden möchten. Seien Sie darum versichert, daß wir alles in unseren Kräften stehende tun werden und nichts unversucht lassen, um gegen diese erneuten, bzw. anhaltenden Diskriminierungen aufmerksam zu machen und wirksame, spürbare Veränderungen in Permanenz zu fordern.

Ihr Protest ist nicht nur berechtigt, er ist öffentlich zu machen! Wir schätzen ein, daß Ihre Zeilen die Meinung einer Vielzahl der Mitglieder des Verbandes widerspiegeln und entsprechende Resonanzen zu erwarten sind, die uns wiederum befähigen, dem Präsidenten Dr. Ilja Seifert ein Papier zu erarbeiten, das er als Bundestagsabgeordneter an entsprechender Stelle zur Sprache bringt.

Horst Altnow
ABiD-Hauptgeschäftsführer

Viele Fragen zum Thema Mobilität

Ich möchte heute das komplizierte Problem der Mobilität für Menschen mit Behinderungen ansprechen. Sicher steche ich damit in ein Wespennest. Doch mich interessiert sehr stark, wie es damit in den Ländern (vor allem in den neuen) aussieht. Welche Aktivitäten/Probleme gibt es dort? Wer nicht selbst in der Lage ist, ein Auto zu fahren oder nicht das nötige „Kleingeld" zur Anschaffung aufbringen kann, keine Eltern, Freunde mit Pkw hat, oder in einem Heim untergebracht ist, kann mit dem Rollstuhl weder den öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV) noch eine „Normaltaxe" benutzen. Wer in ländlichen Gebieten wohnt, hat noch viel weniger Möglichkeiten. Als Elektro-Rollstuhl-Fahrerin weiß ich, wovon ich spreche. Selbst in Berlin muß noch viel erkämpft werden, bis eine einigermaßen zufriedenstellende Lösung gefunden ist. Unser Finanzsenator läßt eher für viel Geld den Palast der Republik wieder abreißen, statt die Gelder dem sozialen Sektor zufließen zu lassen.

Ich weiß, daß wir in der Hauptstadt und in anderen größeren Städten Deutschlands im Verhältnis zu denen, die auf dem Lande leben, noch wesentlich günstigere Bedingungen haben. Doch gerade deshalb meine Frage an die Kreis-Behindertenverbände: Welche Erfahrungen habt Ihr in der Zusammenarbeit mit Politikern bei dieser Problematik gesammelt? Wurden Anfragen, Vorschläge, Forderungen dieser Art von Euch bereits an die Politiker herangetragen? Wie wurde darauf reagiert? Gibt es schon erfreuliche Ergebnisse? Wo? Welche? Ich erinnere mich an die vielfältigen Wahlversprechen der Parteien. Also freie Bahn den Tüchtigen, diese Versprechen einzulösen! Nach Möglichkeit sofort damit beginnen!

Johanna Fabian
Berlin

ABM für Behinderte

Ich fände es gut, wenn in der STÜTZE umfassender über die Möglichkeiten, durch ABM-Stellen Arbeitsplätze für Behinderte zu schaffen, informiert würde. Bei Euch in den neuen Bundesländern sollen ja derzeit verstärkt ABM-Stellen eingerichtet werden, die zu 100% vom Arbeitsamt finanziert werden. Es hängt dann viel vom Engagement der Behinderten ab, ob auch sie solche Stellen bekommen! 100 Prozent finanzierte ABM-Stellen bedeuten, daß neben den Gehältern auch Sachmittel (Raummiete etc.) bezahlt werden. Das sind keine schlechten Startbedingungen.

Gerlef Gleiss
Hamburg

Menschen unter uns

Es sind schon zehn Jahre, die ich in meinem Hochhaus lebe. Als Rollstuhlfahrer ist man etwas auffälliger als die anderen Mieter. An der Haustür, am Briefkasten, am Auto, am Fahrstuhl, ergeben sich kleine Gespräche. Dauerhafte Bekanntschaften haben sich entwickelt.

Vor kurzem kam Frau K. – sie ist schwer herzkrank, invalidisiert, der Mann ebenfalls. Ihr Sohn R. war bis vor kurzem in Arbeit. Er versorgt aufmerksam seine Eltern, aber redet kaum mit jemandem im Haus. Frau K. war sehr aufgeregt. Ihr Sohn sei nach Hause gekommen, habe zwei Tage fast kein Wort gesagt. Hätte still auf dem Stuhl gesessen. „Gekaut hat er an einer Sache." Dann, am dritten Tag, sei es aus ihm herausgekommen: Die Arbeit wurde ihm aufgekündigt. Seine Arbeitsstelle war das frühere Regierungskrankenhaus. Nach genauer Anweisung hatte er dort die Wäsche verteilt, gelegentlich auch Fahrten auf dem Gelände mit einer Elektrokarre gemacht. Wie manche andere soll er nicht in die neue, die Nachfolgeeinrichtung übernommen werden. „21 Jahre hätte R. durch seine Arbeit das verbrecherische System der SED unterstützt" –, damit wurde in einem Gespräch seine Aussonderung begründet. Frau K. sieht mich groß an. Was ich dazu sage, will sie wissen. Ich weiß nicht, was ich antworten soll.

Der Sohn von Frau K. ist geistig behindert, ist des Lesens und Schreibens nicht mächtig.

Jürgen Demloff
Berlin

Zelten in Pepelow

Durch Ihre Veröffentlichung in der STÜTZE 5/91, S. 21, haben wir viele interessierte Anfragen erhalten, so daß wir durch Ihre Hilfe eine Saison '91 durchführen können! Wir schicken Ihnen nun die ganz neuen konkreten Bedingungen, damit für alle unser konkretes Angebot zur Verfügung steht. Es können alle kommen, die mit den Bedingungen einverstanden sind – ob Behinderte mit Familien, in Gruppen oder auch deren Freunde oder Verwandte, Schulklassen, Radwanderer, Privaturlauber. Es stehen 10 Großraumzelte für 4 bis 5 Personen zur Verfügung, mit Stromanschluß und einfachem Mobilar. Der Speise- und Kultursaal sowie die sanitären und therapeutischen Einrichtungen sind rollstuhlgerecht. Der Tagessatz liegt bei 15 DM bzw. 12 DM (für Urlauber mit eigener Unterkunft). Darin sind Frühstück und Abendessen enthalten. Die Anmeldung sollte per Post oder Telefon verbindlich zwei bis drei Wochen zuvor erfolgen: Campingdorf für Behinderte, Postf. 100, O-2568 Pepelow.

G. Küttner
Pepelow

ABiD-Präsident bei Beratung in Stockholm

Vom 17. bis 19. Juni fand in Stockholm ein Treffen von Vertretern der Independent-Living-Bewegung aus Ost und West statt, an dem der Präsident des ABiD, Dr. Ilja Seifert, teilnahm. Während des Treffens einigten sich die Teilnehmer darauf, in der nächsten Zeit Kongresse der Independent-Living-Bewegung u. a. in Prag, Moskau, Sofia, Tallinn, Budapest, Palermo und Berlin durchzuführen. Die Kongresse stehen unter dem Motto: Für ein diskriminierungsfreies Europa – Leben in Selbstbestimmung und Würde.

Für ein behindertengerechtes Europa

In der Europäischen Gemeinschaft sterben Jahr für Jahr 50 000 Menschen im Straßenverkehr. Seit der Unterzeichnung des EWG-Vertrages sind in den zwölf Mitgliedstaaten fast 2 Millionen Menschen getötet und 40 Millionen verletzt worden. So ist es in einem Expertenbericht zur Sicherheit im Straßenverkehr nachzulesen, der im Auftrag der EG-Kommission angefertigt wurde.

Weil unter den Verkehrstoten besonders auch Menschen mit Behinderungen und Menschen im hohen Alter sind, diese aber im Maßnahmekatalog der EG keinerlei Beachtung finden, sollten wir uns einschalten! Der ABiD startet dazu den ersten Beitrag „Für ein behindertengerechtes Europa". Wir wollen den „Experten" als Experten helfen, Maßnahmen zu entwickeln, die unsere besonderen Erfordernisse und Bedürfnisse berücksichtigen. Es soll die erste Aktion zur Vermeidung von Schädigung und Behinderung sein! Denn neben den Verkehrstoten produziert der jetzige Verkehr 40 Millionen Verletzte, ein großer Teil von ihnen muß später mit einer Behinderung leben. Vorschläge zu weiteren Maßnahmen für einen sicheren Verkehr sind zu senden an: Behindertenbeauftragter, Haus am Köllnischen Park 6, Zimmer 108, O-1086 Berlin.

*

IN WANNSEE war was los, denn fast 400 behinderte junge Leute aus dem Land Brandenburg und aus beiden Teilen Berlins waren der Einladung gefolgt, die der Behinderten-Sportverein Zehlendorf und Soldaten der bisherigen amerikanischen Schutzmacht für den 26. Mai ausgesprochen hatten (siehe unser Foto). „Deutsch-Amerikanisches Sportfest für behinderte Jugendliche" hieß es zum sechsten Male. Bunte Fähnchen wehten, Sportstationen und vielfältige Spielmöglichkeiten warteten auf das Mitmachen. Die Stimmung war wie das Wetter: ausgezeichnet. Für Verpflegung war infolge zahlreicher Spenden ausreichend gesorgt, und viele freiwillige Helfer trugen an diesem

schönen Sonntag zum Gelingen bei. Übrigens, wußten Sie das schon? Weltweit sammeln die Angehörigen des amerikanischen Unteroffizierskorps für derartige Veranstaltungen zugunsten behinderter Kinder und Jugendlicher, die sie dann auch aktiv mitgestalten. Und sie waren gute Gastgeber, die sich voll den Zielen der internationalen Sportbewegung für geistig behinderte Kinder, Jugendliche und Erwachsene, SPECIAL OLYMPICS, verpflichtet fühlen. Es waren frohe Stunden bei Sport und Spiel. Die vielen Urkunden, Preise und Medaillen werden noch lange an den inhaltsreichen Tag, an dem jeder Teilnehmer ein Gewinner war, erinnern.

Rudi Renner

*

UM DEN KADUS-POKAL ging es am 4. Mai beim 1. Internationalen Sitzvolleyballturnier in Neubrandenburg. Mannschaften aus Malmö, Cottbus, Enschede (Niederlande), Leipzig, Neubrandenburg, Berlin-Pankow, Püttingen (Saarland), Berliner Brauerei stritten um den Sieg. Sie belegten die Plätze in der genannten Reihenfolge. Besonderes Interesse verdient, daß eine Volleyballmannschaft der Pädagogischen Hochschule mitmachte. Auch diese Sportler, nichtbehindert, mußten im Sitzen spielen. Entnervt gaben sie nach restlosen Niederlagen auf. In den Niederlanden übrigens spielen viele nichtbehinderte Bürger in den Mannschaften mit. Auch das ist eine Form der Integration. Die nächste größere Sportveranstaltung wird vom 12. bis 14. Juni sein – bundesweit ausgeschriebene Sport- und Spieltage der Körperbehinderten. Bisher haben 420 Sportler aus allen Himmelsrichtungen ihr Kommen angesagt!

Volker Keßling

DIE ACHTE TAGUNG der Interessengemeinschaft behinderter und nichtbehinderter Studenten vom 5. bis 7. Juli stand unter dem Thema: „1981–1991: Was hat die UNO-Dekade der Behinderten den Behinderten gebracht?" Laut Umfrage dies: 60 Prozent der Bundesbürger lehnen einen Gelähmten als Arbeitskollegen ab. 70 Prozent möchten mit einem Behinderten nicht in einem Haus leben. 80 Prozent glauben, Körperbehinderte hätten mehr Charakterfehler als andere. 90 Prozent der Bundesbürger wissen nicht, wie man einem Körperbehinderten begegnet: „Wenn mir das passieren würde, wäre ich lieber tot!" Politiker bezeichnen Behinderte als „unsere Sorgenkinder, unsere Pflegebefohlenen, unsere Schützlinge, die uns Anvertrauten, Menschen, denen das Schicksal besonders harte Prüfungen auferlegt hat".

Etwa 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet näherten sich der Thematik in sechs Arbeitsgruppen: Krüppelbewegung damals und heute; Doppelte Diskriminierung behinderter Frauen damals und heute; Humangenetische Beratungsstellen, Zwangssterilisation, Euthanasie – eine beginnende Diskussion; Die UNO-Dekade in der ehemaligen DDR, Studentische Initiativen damals und heute; Entwicklung der Situation behinderter Studierender in den letzten 10 Jahren. Abschließend fand eine Podiumsdiskussion mit Vertretern vom Reichsbund, VdK und ABiD statt.

*

BESSERE BEDINGUNGEN im öffentlichen Nahverkehr für behinderte Bürger wurden in Dresden mit der Übergabe eines ersten Niederflurbusses vom Typ „Mercedes 0 405 N" geschaffen. In Ab-

stimmung mit der Landesarbeitsgemeinschaft „Hilfe für Behinderte" Sachsen erfolgt der Einsatz des Busses sowohl im planmäßigen Linienverkehr auf ausgewählten Strecken und mit einer festen Kursbindung als auch an bestimmten Tagen als Sonderlinie zwischen den Dresdner Neubauzentren Gorbitz und Prohlis mit Anbindung an das Stadtzentrum. Auf Anforderung wird er auch Gruppen behinderter Bürger für Sonderfahrten oder Stadtrundfahrten zur Verfügung stehen. In Kürze soll ein zweiter derartiger Bus in Dienst gestellt werden.

*

DAS LAND BRANDENBURG setzt sich als erstes der neuen Bundesländer verstärkt für den Erhalt der geschützten Betriebsabteilungen ein. Von den ehemals 62 geschützten Abteilungen existieren im Land nur noch 20. Diese sollen unbedingt erhalten und, wenn möglich, erweitert werden. Durch Erlaß der Ministerin Dr. Regine Hildebrandt werden diese geschützten Betriebsabteilungen – in denen die behinderten Arbeitnehmer mit ordentlichem Arbeitsvertrag sind und nach geltenden Tarifen entlohnt werden – ab 1. Juni gefördert. Das bedeutet, dem Unternehmer entstehen keinerlei Mehrausgaben, denn Lohnkosten für Behinderte und Betreuer bzw. Einbußen durch eine schlechte Auftragslage werden aus dem Fonds des Landeshaushalts voll finanziert. Diese Mittel dienen einzig und allein dem Erhalt von Arbeitsplätzen. Das Antragsverfahren läuft über die Hauptfürsorgestelle, die Bewilligung erteilt das Ministerium. Für Nachfragen steht Frau Helga Schön, Mitarbeiterin im Ministerium Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen in Brandenburg, Referat Behindertenpolitik, gern zur Verfügung.

JEDER ZEHNTE ARBEITNEHMER in Ostdeutschland war Ende April ohne Arbeit. Zwei Millionen Menschen arbeiteten kurz, was vielfach gar nicht arbeiten bedeutet. Während für die Bundesanstalt in Nürnberg die Zunahme der Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern „geringer als erwartet" war, bezeichnet der Arbeitslosenverband die Situation als überaus dramatisch. Der Präsident Klaus Grehn geht von vier Millionen Menschen in den neuen Bundesländern aus, die von der Arbeitslosigkeit betroffen sind. Das sind neben den in der Statistik direkt als arbeitslos Aufgeführten die Kurzarbeiter, die Empfänger von Altersübergangsgeld und die Personen in der sogenannten Warteschleife. Mit über 100 000 neuen Meldungen von Erwerbslosen auf den Arbeitsämtern im April habe es in diesem Jahr den zweithöchsten Zugang innerhalb eines Monats gegeben. Deshalb könne er dem beispielsweise von Regierungssprecher Vogel gezeigten Zweckoptimismus („Zeichen eines Wandels zum Besseren sind erkennbar") zum ostdeutschen Arbeitsmarkt nicht folgen. Der Verband erwartet spätestens für den Sommer, daß die Zahl der offiziell als arbeitslos Registrierten die Grenze von einer Million überschreitet.

*

FORTBILDUNGSVERANSTALTUNGEN für den psychosozialen Bereich

Das vorletzte Wort

Bei gleicher Umgebung lebt doch jeder in einer anderen Welt. Schopenhauer

bietet „ProForThe" – Projektmanagement, Fortbildung und Therapie.

1. Persönliche Zeitplanung und Arbeitsorganisation, Vom Umgang mit sich selbst, der eigenen Lebenszeit, Arbeitsgewohnheiten und -techniken; 13. bis 14. Juli, Berlin, 120,– DM

2. Projekte selber gründen; 7. bis 8. September, Berlin, 240,– DM

3. Rhetorik – Kommunikation verbessern; 31. August bis 1. September, Berlin, 160,– DM

4. Therapeutische Wohngemeinschaften: Möglichkeiten, Grenzen und Widersprüche; 19. bis 20. Oktober, Berlin, 240,– DM

Die Anmeldung erfolgt über ProForThe, Winterfeldtstr. 24, W-1000 Berlin 30.

*

DAS MOSAIK e. V., Berlin, erweiterte sein Angebot an geschützten Werkstattplätzen für schwer geistig und mehrfach behinderte Erwachsene in Alt-Reinickendorf auf 120 Plätze – inklusive Fördergruppen. Die Behinderten arbeiten in den Bereichen Konfektionierung, Textilarbeiten und Verpackung sowie in einer Offsetdruckerei. Die Finanzierung erfolgte durch Mittel des Bundesministeriums für Arbeit und der Hauptfürsorgestelle Berlin (je 35 Prozent), der Bundesanstalt für Arbeit (10 Prozent) sowie durch Eigenmittel des Vereins (20 Prozent). Insgesamt werden nach einem dezentralen Konzept in vier Werkstätten und den Beschäftigungstagesstätten des MOSAIK e. V. z. Z. 465 Behinderte betreut.

*

VOR 30 JAHREN hat die FIMITIC den Weltinvalidentag ins Leben gerufen. Diesmal fand er vom 13. bis 15. Juni in Wien statt. Den Schwerpunkt der drei Tage bildete der 10. Kongreß für Sozialarbeit und Rehabilitation unter dem Motto „5 vor 12 – Das Jahrzehnt der Behinderten geht zu Ende".

*

KOMMOBIL ist die Abkürzung für KOMmunikations- und MOBILitätshilfen für behinderte und pflegeabhängige Menschen, und es ist zugleich eine Arbeitsgemeinschaft im Rahmen des Instituts für selbstorganisierte Arbeit (ISO) e. V.

Wir – das sind Petra Rieth (Rollstuhlfahrerin und Dialyse-Patientin) und Hannes Heiler (nichtbehindert), sind Sozialarbeiter mit langjähriger Erfahrung in Initiativgruppen und einem ambulanten Dienst. Sozialarbeiter sind nach unserer Erfahrung in erster Linie Dolmetscher, die Alltagssituationen übersetzen in die Sprache von Behörden und Institutionen bzw. umgekehrt. Oft kommt es einfach darauf an, die „Verständigung" zwischen Behinderten oder Angehörigen und Behörden zu verbessern. Das kann z. B. bedeuten, dem einen die Situation oder das Schreiben des anderen zu erklären. Im Zentrum unserer Arbeit stehen behinderte Menschen, die wie Nichtbehinderte auch, in einer Privatwohnung leben wollen. Natürlich werden wir nicht für alle denkbaren Fragen selbst die passende Antwort kennen. Zu einem Erfahrungsaustausch sind wir gern bereit! KOMMOBIL, eine AG der ISO e. V., c/o Petra Rieth & Hannes Heiler, Adalbertstraße 12, W-6000 Frankfurt 90.

*

DIE BEHINDERTENINITIATIVE Strausberg e. V. (BIS) eröffnete am 3. Juni in der ehemaligen medizinischen

Abteilung des Kultur- und Sportzentrums ein Dienstleistungszentrum für behinderte, alte und unfallkranke Bürger im Kreis Strausberg. Das Angebot wird von kostenlosen Schiebe- und Begleitdiensten für schwerstbehinderte, alte und blinde Menschen über einen Rollstuhl- und Pflegebettenverleih, touristische Maßnahmen bis hin zu einem Beratungszentrum „Technik hilft Behinderten" reichen. Unterstützt wird das Zentrum durch die Verwaltungen der Stadt und des Kreises Strausberg und – im Rahmen einer engen Kooperation – durch den gemeinnützigen Verein Service-Ring-Berlin e. V. (SRB).

*

ÜBRIGENS über Rechtsfragen berichten wir im nächsten Heft ausführlich.

*

16 neue Hauptfürsorgestellen

- Hauptfürsorgestelle für das Land Brandenburg, Am Stadtring 3, O-7500 Cottbus
- Zweigstelle Karl-Liebknecht-Straße 30, O-1200 Frankfurt (Oder)
- Zweigstelle Mangerstraße 10, O-1500 Potsdam
- Landesamt für Familie und Soziales im Freistaat Sachsen, Hauptfürsorgestelle, Altchemnitzer Straße 40, O-9048 Chemnitz
- Zweigstelle Weinbergstraße 52/54, O-7045 Dresden
- Zweigstelle Karl-Tauchnitz-Straße 10b, O-7010 Leipzig
- Amt für Versorgung und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt, Hauptfürsorgestelle Heinrich-Zille-Straße 9, O-4020 Halle
- Zweigstelle Editharing 31, O-3080 Magdeburg
- Hauptfürsorgestelle für das Land Thüringen, Marktstraße 54, O-5020 Erfurt
- Zweigstelle August-Bebel-Straße 5, O-6000 Suhl
- Hauptfürsorgestelle für das Land Mecklenburg-Vorpommern, Leninstraße 120, O-2000 Neubrandenburg
- Zweigstelle Reutzstraße 12, O-2786 Schwerin
- Zweigstelle August-Bebel-Straße 80, O-2500 Rostock
- Zweigstelle Neuer Markt 14 (Sozialamt), O-2300 Stralsund
- Hauptfürsorgestelle Berlin, Albrecht-Achilles-Straße, W-1000 Berlin 31

Das letzte Wort

Indem wir den anderen kennenlernen, begegnen wir uns selbst. Wer die Kultur des anderen begreift, hört auf, in ihm einen Fremdling zu sehen.

Richard von Weizsäcker

Unser Foto zeigt das Gemälde „Alter Baum" des Mundmalers Reinhard Melzer, den wir anläßlich einer Ausstellung seiner Werke in Nr. 9/91 vorstellten.

Anzeigenannahme für „DIE STÜTZE"

KOLOG-VERLAG-GmbH (i. G.), Stargarder Straße 19, O-1058 Berlin.

Anzeigenpreis: private Kleinanzeigen (einspaltig) je Zeile 3 DM,
1 Seite 500 DM, 1/2 Seite 270 DM, 1/4 Seite 150 DM.